



Der Bus- und Trambahnstation in Bottmingen soll laut einer Petition nicht zu einer Wendeschleife im Leimental werden. Foto: Pino Covino

SVP warnt vor Abstimmungsdebakel

Tramschleife in Bottmingen Der Baselbieter Landrat will sich von der ÖV-Drehscheibe im Dorfzentrum nicht distanzieren. Kritik daran nimmt er zur Kenntnis.

Sebastian Schanzer

Der Baselbieter Landrat hat gestern die Petition «Keine Wendeschleife und Verkehrsdrehscheibe im Dorfkern im Umfeld des historischen Weiherschlosses Bottmingen» zur Kenntnis genommen. Die von 1155 Personen unterschriebene Petition – lanciert unter anderem vom Bottminger Alt-Landrat Hanspeter Weibel (SVP) – will verhindern, dass das Zentrum der Gemeinde durch das Millionenprojekt «umgekrempelt» wird.

Daran plant die Baselland Transport AG (BLT) gemeinsam mit dem kantonalen Tiefbauamt seit rund fünf Jahren. Zusätzlich sollen der Busbahnhof im Zentrum erweitert und die Tramhaltestelle erneuert werden. Die Baselbieter Baudirektion (BUD) erachtet die Wendeschleife als «unerlässlich» – insbesondere

im Hinblick auf das geplante Express-Tram durchs Leimental, das den öffentlichen Verkehr für die Bevölkerung attraktiver machen soll. Alternative Standorte für eine Wendeschleife seien geprüft, aber verworfen worden.

«Dorfzentrum sucht man vergebens»

Das Vorhaben führt bis heute zu emotionalen Diskussionen im Leimentaler Dorf. Unter anderem an einer Gemeindeversammlung wurde Kritik seitens der Petitionäre laut. Die Gegner des 20-Millionen-Projekts befürchten, dass mit der Wendeschleife von der Grösse eines Fussballfeldes eine sinnvolle Zentrumsplanung und Aufwertung des Dorfkerns verunmöglicht werde. Zudem werde das stark mit Verkehr belastete Dorf durch die geplante ÖV-Drehscheibe zusätzlich beeinträchtigt. Insbesondere die SVP rief des-

halb dazu auf, die Sorgen der Bevölkerung ernst zu nehmen. Die Unterschriften für die Petition seien in kürzester Zeit gesammelt worden, so SVP-Landrätin Susanna Keller.

Auch FDP-Landrat Marc Schinzel zeigte Sympathien für das Anliegen. Ein Zentrum in Bottmingen suche man derzeit vergebens. Vielmehr sei in der Umgebung des Weiherschlosses eine «Verkehrswüste» anzutreffen. Aufgefallen sei ihm das unter anderem, als er nach geeigneten Plätzen für Werbeplakate für seine Partei gesucht habe.

Für Diskussionen im Parlament sorgte aber in erster Linie der Antrag von Susanna Keller, die Petition sei als Handlungs-

Landrat
Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

postulat der Regierung zu überweisen. Der Grünen-Landrat Marco Agostini monierte, dieses Vorgehen sei «undemokratisch». «Die Petition fordert von der Regierung explizit den Verzicht auf die Tramwendeschleife. Wenn wir dem Antrag zustimmen, ist das Projekt erledigt», gab er zu bedenken. Ob die Unterschriften überhaupt alle von stimmberechtigten Personen aus dem Dorf stammten, wisse man nicht.

Der demokratische Weg führe vielmehr über das von BLT und BUD geplante Mitwirkungsverfahren im Herbst, an dem sich auch die Bevölkerung einbringen könne, sagte SP-Landrätin Lucia Mikeler Knaack aus Bottmingen. Sie habe auch Stimmen gehört, die sich von der Thematik nicht tangiert gefühlt hätten – Stimmen von Bewohnern der Bottminger Hügel, wohlgekannt. Im Übrigen werde auch der Landrat

das Projekt ausgiebig diskutieren können, sobald es als Vorlage vor das Parlament komme.

Hanspeter Weibel, der gestern als Zuschauer an der Landratssitzung teilnahm, liess im BaZ-Gespräch derweil keinen Zweifel daran, dass die Gegner des Projekts wenn nötig das Referendum gegen die Wendeschleife ergreifen würden. Sein Parteikollege Peter Riebli mahnte in der Debatte: «Wir wissen, dass Verkehrsprojekte, die gegen den Volkswillen geplant werden, in einem Abstimmungsdebakel enden können.» Er erinnerte an die Abstimmungen über die Verlängerung der Tramlinie 14, den Margarethenstich oder das Läuferfingerli.

Der Antrag für die Überweisung als Postulat wurde an der Schlussabstimmung im Landrat gleichwohl mit 21 zu 59 Stimmen bei zwei Enthaltungen deutlich abgelehnt.

Riehen investiert 180 Millionen in Schulanlagen

Platznot Die Gemeinde wurde einst «Altersheim der Schweiz» genannt. Diese Zeiten sind vorüber.

Immer mehr Familien ziehen ins grosse grüne Dorf bei Basel. Die Zeiten, als Riehen das «Altersheim der Schweiz» genannt wurde, sind vorbei. Im laufenden Jahr besuchen knapp 2000 Kindergarten- und Primarschulkinder den Unterricht der Basler Landgemeinde. Bis 2040 steigt die Anzahl Kinder laut Prognosen der Gemeinde um rund 400 Schülerinnen und Schüler. Das sind umgerechnet 16 neue Klassen. Für diese muss Platz geschaffen werden. Kostenpunkt: 180 Millionen Franken.

Die Gemeinde müsse durch ein «Jahrzehnt des Bauens», sagte der für die Finanzen zuständige Gemeinderat Patrick Huber gestern an einer Medienkonferenz. Kein einziges Schulhaus in Riehen wird in den nächsten Jahren unangetastet bleiben.

Es sind aber nicht nur mehr Schulräume nötig: Auch eine neue Dreifachturnhalle ist Teil der Planung. Dass viele der bestehenden Schulhäuser zudem eine Sanierung benötigen, treibt den Preis zusätzlich nach oben. Die bereits durch den Riehener Einwohnerrat bewilligten Sanierungen des Wasserstelsenschulhauses und der Turnhalle Burgschulhaus sind in der für die nächsten zehn Jahre geplanten Investition von 180 Millionen inbegriffen.

Das Hebelschulhaus wird um zwei zusätzliche Klassenzüge (insgesamt gäbe es dann Platz für vier) erweitert. Die Schulanlage Hinter Gärten soll statt für zwei Platz für drei Klassenzüge bieten. Hier ist auch eine zusätzliche Turnhalle angedacht. Die Erlensträsschen-Schule wächst ebenfalls um einen Klassenzug.

Provisorien unvermeidbar

Bei dieser grossen Anzahl an Baustellen wird es unvermeidbar sein, dass Kinder teils in Provisorien unterrichtet werden. «Die Provisorien sollen aber alle zurückgebaut werden», verspricht die für die Schulen zuständige Gemeinderätin Silvia Schweizer. Beim Hebel-Schulhaus stehen bereits vier, ab 2026 kommt ein neues Provisorium im Zentrum dazu. An der Bahnhofstrasse, im Weissenbergerhaus und im alten Landi, befinden sich zwei Areale, die gemäss der Gemeinde für temporäre Schulbauten gut geeignet sind.

Die Provisorien sind auch deswegen nötig, weil die Gemeinde mit etwaigen Verzögerungen – zum Beispiel aufgrund von Einsparungen – rechnen muss. Je nachdem würde dann ein Bauprojekt dem anderen vorgezogen werden. An mehr als einem Schulhaus gleichzeitig könne nicht gebaut werden. Sonst würde der Raum für die Kinder zu knapp.

Dass es zu dieser Ballung von baulichen Massnahmen kommt, ist ungewöhnlich. Hat die Gemeinde die Planung verschlafen? Schweizer verweist darauf, dass bis 2017 die Primarschulen noch vom Kanton verwaltet wurden. Auch dieser zieht sich aus der Verantwortung: Vor 2017 sei keine grössere Wohnüberbauung in Sicht gewesen, die eine grössere Schüleranzahl ergeben hätte.

SVPLer will lieber Haustiere als Feuerwerk verbieten

Allschwil Der Einwohnerrat debattierte emotional über Raketen und Böller an der Bundesfeier und an Silvester.

Im Allschwiler Einwohnerrat kochten die Emotionen am Mittwochabend hoch. Gestritten wurde über ein allfälliges Feuerwerksverbot an der Bundesfeier und an Silvester. Über das Argument, Feuerwerk belastet nicht nur Anwohner, sondern auch Haustiere, war der SVP-Einwohner Florian Spiegel derart verärgert, dass er erwiderte: «Wo ist denn das Problem? Dann sollten wir lieber das Halten von Haustieren verbieten und nicht das Feuerwerk.»

Konkret ging es um die anstehende Teilrevision des Allschwiler Polizeireglements. Im Zuge dieser hatten die Gemeinde und die zuständige Kommission Änderungsanschläge präsentiert. Unter anderem dürften sich die

Regelungen bezüglich Feuerwerk und Knallkörper ändern.

Laut Reglement ist das Zünden von Feuerwerk an allen Tagen ausser am 31. Juli, 1. August und an Silvester bewilligungspflichtig. Als Änderung schlägt die Kommission vor, die Bewilligungspflicht auf das gesamte Jahr auszuweiten. Der Vorschlag stiess im Einwohnerrat auf Kritik.

Polizei hat keine Kapazitäten

Der Mitte-Gemeinderat Philippe Hofmann wählte deutliche Worte: «Der Vorschlag der Kommission ist ein Unding. Das liesse sich niemals umsetzen.» Unterstützung erhielt er unter anderem von FDP-Einwohner Urs Pozivil. Er befürchtet eine «Überflutung mit Anträgen» im Vorfeld des Natio-

nalfeiertags und plädiert dafür, abzuwarten, bis die Thematik auf kantonaler Ebene geregelt wird. «Es ist nicht zielführend, wenn Allschwil vorprescht.»

Die zweite Vizepräsidentin, Melina Schellenberg von der SP, widersprach vehement. Es sei absurd, abzuwarten. «Feuerwerke stellen schon jetzt eine Belastung für Menschen und Natur dar. Und auch Haustiere leiden unter der Knallerei.» Auch im Hinblick auf die weltweiten Kriege sei Feuerwerk nicht zeitgemäss. «Bei uns leben Menschen mit schweren Traumata, da ist es absurd, herumzuböllern.»

Eine «ideologische Färbung» habe im Polizeireglement nichts zu suchen, erwidert Gemeinderat Philippe Hofmann. «Die Teil-

revision des Polizeireglements ist nicht geeignet für Umweltschutz.» Ein Feuerwerksverbot würde zudem einen Eingriff in die Privatsphäre bedeuten. Dafür habe die Gemeindepolizei «keine Kapazitäten».

Erfahrungen in Liestal

In Liestal gibt es bereits ein Feuerwerksverbot an Silvester. Die diesjährige Bilanz der Gemeinde zeigte, dass zwar weniger geböllert wurde als in den Vorjahren. Die Feuerwerke seien allerdings «exzessiver» ausgefallen. Da das Abbrennen niemandem zugeordnet werden konnte, gab es keine Bussen.

Konkrete Änderungen im Polizeireglement dürften in absehbarer Zeit beschlossen werden.

Überwiesen wurde am Mittwochabend in Allschwil ausserdem eine Motion der GLP-Einwohnerin Matthias Häuptli und Christian Jucker, welche fordert, das Feuerwerk am 31. Juli und am 1. August auf definierte Zeiten zu beschränken.

Mit der Teilrevision soll im Polizeireglement demnächst ausserdem das Abstellen von E-Trottinetts, E-Scootern, E-Bikes und Microcars geregelt werden. Konkret könnte das Abstellen von E-Fahrzeugen auf Gemeindeareal bewilligungspflichtig werden. Damit dürfte die Gemeindepolizei künftig die Möglichkeit haben, Wildparkierer zu sanktionieren.

Karoline Edrich

Andrea Schuhmacher